

Österreicher für Familiennachzug-Stopp: Umfrage zeigt 81 % Zustimmung!

Eine Umfrage zeigt, dass 81 % der Österreicher den Stopp des Familiennachzugs befürworten. Die Regierung plant sofortige Maßnahmen.

Österreich, Land - Österreichs neue Regierung plant einen umfassenden Stopp des Familiennachzugs für Asylberechtigte. Laut einer aktuellen Umfrage von **Freilich Magazin** unterstützen 81 Prozent der wahlberechtigten Österreicher diese Maßnahme. Die Umfrage wurde zwischen dem 10. und 13. März 2025 unter 500 Personen durchgeführt und zeigt, dass 59 Prozent sehr dafür und 22 Prozent eher dafür sind. Nur 12 Prozent der Befragten sind gegen den Stopp des Familiennachzugs.

Die Unterstützung für den Stopp ist in den verschiedenen Wählergruppen der Parteien überaus hoch. Über 90 Prozent der Wähler der ÖVP (96 Prozent) und FPÖ (94 Prozent) befürworten die Maßnahme. Bei den NEOS-Wählern unterstützen 83 Prozent einen restriktiveren Kurs, während 74 Prozent der SPÖ-Anhänger für den Stopp sind. Selbst 61 Prozent der Grünen-Wähler zeigen Unterstützung, wobei dies verdeutlicht, wie sich die Einstellungen zur Zuwanderung in Richtung einer restriktiveren Haltung verschoben haben, so die Meinungsforscherin Alexandra Siegl.

Regierungsbeschluss zum Familiennachzug

Die Entscheidung, den Familiennachzug auszusetzen, wurde in einem Kabinett der neuen Regierung, bestehend aus der

konservativen Volkspartei (ÖVP), der sozialdemokratischen SPÖ und den liberalen NEOS, gefasst. Bundeskanzler Christian Stocker bezeichnete den Beschluss als ein signalgebendes Stopptaste in Sachen Familiennachzug. Flüchtlingen wird es demnach nicht mehr möglich sein, Angehörige nachzuholen, was die Regierung als eine Maßnahme zur Gewährleistung der öffentlichen Ordnung argumentiert.

Die Regelungen sollen mit sofortiger Wirkung angepasst werden und müssen noch vom Parlament genehmigt werden. Die Regierung beruft sich auf die EU-Notfallklausel zur Gefährdung der inneren Sicherheit, da die Aufnahmekapazitäten in Bereichen wie Bildung, Wohnen und Gesundheit begrenzt sind. Innenminister Gerhard Karner hatte zuvor auf EU-Ebene für einen Stopp des Familiennachzugs geworben.

Rückläufige Zahlen und rechtliche Herausforderungen

Die Zahl der Menschen, die über den Familiennachzug nach Österreich kamen, war in den letzten Jahren signifikant. 2023 und 2024 erreichten rund 18.000 Personen, darunter 13.000 Kinder oder Minderjährige, Österreich. Die Zahlen sind jedoch durch zunehmende Kontrollen und DNA-Abgleiche stark rückläufig. So wurden im Februar 2024 knapp 1.000 Personen registriert, während im Februar 2025 nur noch 60 Zuzüge verzeichnet wurden.

Der Vorstoß der österreichischen Regierung ist jedoch rechtlich umstritten. Kritiker argumentieren, dass dies einen Verstoß gegen das Asylrecht und die Europäische Menschenrechtskonvention darstellt. Innen-Staatssekretär Jörg Leichtfried von der SPÖ betont, dass das Ziel der Bundesregierung darin besteht, die irreguläre Migration auf Null zu bringen, ohne das Recht auf Asyl zu beeinträchtigen. Für viele bleibt es abzuwarten, wie sich die Situation in den kommenden Wochen entwickeln wird, insbesondere in Anbetracht der bevorstehenden parlamentarischen

Abstimmungen.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich, Land
Quellen	• www.freilich-magazin.com • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de